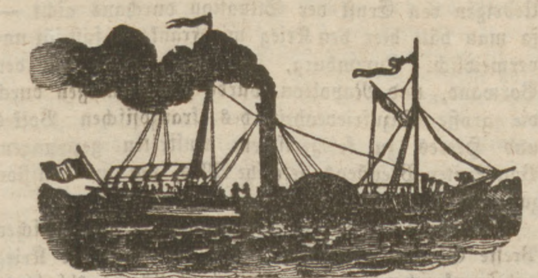
# Danziger Dampfboot.

**№ 85.** **Mittwoch, den 10. April.** **1867.** **38ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



## Telegraphische Depeschen.

Stettin, Dienstag, den 9. April.

Bei der letzten Wahl zum Reichstage ist Konsul Müller mit 2465 Stimmen gewählt; Prince-Smith erhielt 1732 Stimmen.

Hamburg, Dienstag 9. April.

Für französische Rechnung werden bedeutende Ankäufe in Hafer und Weizen hier und in ganz Norddeutschland gemacht.

Wien, Dienstag 9. April.

Die „Presse“ empfiehlt als das für Oesterreich dringendste Interesse, in der preußisch-französischen Differenz die größtmögliche Zurückhaltung, und im Falle eines Krieges die strengste Neutralität. Die Lokalisirung des Kampfes ist Oesterreichs Lebens-Interesse und der Hauptgrund hiefür die eventuelle Haltung Rußlands.

Paris, Dienstag 9. April.

In der legislativen Versammlung gab Moustier folgende Erklärung ab: Der Kaiser befiehlt mir, die Lage der luxemburgischen Frage auseinanderzusetzen. Die Regierung ist überzeugt, daß die wahren dauernden Interessen Frankreichs in der Aufrechthaltung des europäischen Friedens liegen. Frankreich ist bei seinen internationalen Beziehungen nur von den Gedanken der Beschwichtigung geleitet, hat also nicht freiwillig die luxemburgische Frage aufgeworfen. Die unbestimmte Stellung Luxemburgs und Limburgs hat die Niederlande zu einer ersten Mittheilung an Frankreich dieserhalb veranlaßt. Beide Souveraine sind dadurch zu einem Gedanken-Austausch über den Besitz von Luxemburg veranlaßt worden. Die Vorbesprechungen über diese Frage waren noch nicht offiziell, als die preußische Regierung, von den Niederlanden befragt, die Stipulationen und Verträge von 1839 anrief. Treu unserem leitenden politischen Prinzipe, haben wir die Möglichkeit dieser Gebiets-Erweiterung stets nur unter drei Bedingungen verstanden, nämlich: mit der freien Zustimmung des Herrschers von Luxemburg, bei loyaler Prüfung der Interessen der Großmächte, unter Berücksichtigung des Wunsches der Bevölkerung, geoffenbart durch die allgemeine Abstimmung. Wir sind daher bereit, mit den anderen europäischen Regierungen die Vertragsklauseln von 1839 zu prüfen. Wir bringen zu der Prüfung den vollen Geist der Versöhnung mit und glauben fest, daß der europäische Friede durch diesen Zwischenfall nicht gestört werden könnte. — Hierauf werden drei Interpellationen von der Majorität, dem Tiersparti und der Opposition über die luxemburgische Frage eingereicht und den Bureaux übergeben. Thiers verlangt die Vorlegung der Depeschen über die Angelegenheit. Rouher erwidert, die Angelegenheit sei noch nicht in den Händen der Diplomaten; Depeschen existiren nicht. Ollivier meint, die Erklärung des Ministers sei nicht klar über die Stellung Preußens gegenüber Frankreich, welche den Zeitungen zufolge beleidigend sei. Dies dürfe Frankreich nicht dulden; er glaube, die Regierung werde ihre Schuldigkeit thun. Rouher erwidert, die Regierung werde weitere Erklärungen geben, wenn die Bureaux die Interpellationen genehmigt haben würden.

— Wie bestimmt versichert wird, ist der Wiedereintritt Drouin de l'Huys' in's Kabinet sehr wahrscheinlich. — Die Börse war unruhig, unentschlossen und geschäftslos.

Petersburg, Dienstag 9. April.

Der Reichsrath hat gestern das Budget votirt, in welchem die Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Dieselben betragen 444 Millionen Rubel, inclusive Polen. Die Einnahmen haben um 16½, die Ausgaben um 19 Millionen zugenommen. Ebenso ist der Steuer-Ertrag höher als der im Vorjahr.

Newyork, Sonntag, 7. April.

Miramon hat Escobedo geschlagen. Maximilian ist in seine Hauptstadt zurückgekehrt.

## Norddeutscher Reichstag.

30. Sitzung am 9. April.

Präsident: Simson. Eröffnung 10¼ Uhr. Am Tische der Bundes-Kommissarien: Graf Bismarck und v. d. Heydt. — Die Tribünen sind gefüllt. — Das Comité einer in Heilbron am 7. d. Mts. stattgehabten Versammlung übersendet die in derselben gefaßten Beschlüsse: Zustimmnng zu dem Schutz- und Trutzbündniß mit dem Süden, Erhaltung Luxemburgs, Nothwendigkeit der Einführung des bewährten Preußischen Wehrsystems in Württemberg ꝛc. — Die Abgg. Graf zu Solms-Laubach, Frhr. v. Rabenau, Buderus und 39 Genossen haben eine Interpellation eingebracht, welche folgende Fragen stellt: 1) ob, — und eventuell welche Hindernisse dem ungetrennten Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund zur Zeit entgegen stehen? 2) eventuell, ob diese Hindernisse dauernder — oder vorübergehender Natur sind? — Der Minister-Präsident Graf Bismarck erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Nach einer kurzen Begründung derselben durch den Abg. Grafen zu Solms-Laubach erklärt Graf Bismarck: Ich würde mich zu einer erschöpfenden Beantwortung der angeregten Frage nur dann bereit erklären können, wenn die Frage von der großherzoglich hessischen Regierung gestellt wäre. Der Interpellant ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Wunsch der großherzoglich hessischen Regierung, das ganze Großherzogthum in den norddeutschen Bund aufgenommen zu sehen, amtlich feststehe. Ich kann das nicht bestätigen. Die Regierung hat uns allerdings in einer Note vom August v. J. diesen Wunsch ausgesprochen; es geschah dies aber in einer andern Lage der Dinge, als der heutigen. Die preußische Regierung hatte damals bei den Friedensverhandlungen das Verlangen gestellt, das ganze Oberhessen in Preußen einzuverleiben gegen Entschädigung auf Kosten Baierns. Nachdem jene territorialen Combinationen aus anderen Gründen aufgegeben waren, hat die großh. Regierung den Wunsch nicht erneuert. Die verbündeten Regierungen sind weit entfernt, die Uebelstände zu verkennen, welche daraus entstehen, daß das Großherzogthum nur mit einem Theile dem norddeutschen Bunde angehört. Die Uebelstände sind vorhanden und wir fürchten, daß sie noch wachsen werden. Der Frage, ob nach dem Inhalte des Prager Friedens gegen die Aufnahme Hindernisse entgegen stehen, würden wir näher treten, sobald uns von der großherzoglich hessischen Regierung in amtlicher Form der Wunsch dazu ausgesprochen würde. Wir würden, da wir mit Oesterreich in Frieden zu leben beabsichtigen, zunächst mit der österreichischen Regierung darüber in Verhandlung treten, und wir glauben kaum, daß wir, nach der jüngsten Haltung der österreichischen Regierung, auf großen Widerstand stoßen würden, wenn die Wünsche der großherzoglich hessischen Regierung sich bestimmt aussprechen. (Bravo!) Wir würden auch mit unseren süddeutschen Bundesgenossen über diese Frage in's Vernehmen treten müssen; vor Allem aber wäre erforderlich, daß die großherzoglich hessische Regierung ihre Willensmeinung bestimmt formulirte, und nach ihrer bisherigen Bereitwilligkeit dürfen wir mit Vertrauen dieser Regierung die Entschließung überlassen, der ich aus bundesfreundlichen Rücksichten hier durch eine Erklärung nicht glaube angreifen zu dürfen. (Beifall.) — Damit ist diese Angelegenheit erledigt und es wird in die Tagesordnung: in die Specialberathung des Abschnitts XII. der Bundes-Verfassung (Bundes-Finanzen) eingetreten. — Art. 65 bestimmt, daß abgesehen von dem Aufwande für das Bundesheer ꝛc. die gemeinschaftlichen Ausgaben im Wege der Bundesgesetzgebung für die Dauer der Legislaturperiode festgestellt werden sollen. Zu diesem Artikel liegen Amendements der Abgg. Miquel, Duncker—Waldeck, Graf Bethusy-Huc, Dr. Friedenthal und Erxleben vor. — Bundes-Kommissar v. d. Heydt: Die Bestimmung, daß der Staatshaushalt durch ein Gesetz festgestellt werden muß, ist aus der preußischen Verfassung übernommen. Trotz dieser Verfassungs-Bestimmungen ist in Preußen früher nothwendig gewesen, von derselben Abstand zu nehmen. Hier, wo die Ausgaben für Militair von vornherein gesetzlich bestimmt sind, würde die Sache noch leichter zu Verwickelungen führen; so kann man z. B. über Reformen in der Besteuerung, über die Art der Einziehung der Matrikularbeiträge verschiedener Ansicht sein, und so kann das Gesetz vielleicht nicht zu Stande kommen. Ich rathe deshalb von einer solchen Bestimmung ab. Das von dem Abg. Miquel gestellte Amendement halte ich für unannehmbar; das Amendement Erxleben ist in seiner Fassung unklar, da man nicht weiß, ob sich dasselbe auf eine Bewilligung im Voraus bezieht, oder ob doch noch jedesmal eine neue Bewilligung verlangt werden muß. Mir scheint die Fassung der Regierungsvorlage die klarste, welche zu keinen Verwickelungen Veranlassung geben kann. (Während dieser Rede ist in der Hofloge der Kronprinz von Preußen und der Prinz Nicolaus von Nassau erschienen.) — Abg. v. Blanckenburg erklärt sich für die unveränderte Annahme des Art. 65. — Abg. Dr. Waldeck: Im Art. 65 tritt so recht der Charakter der Vorlage hervor. Bei einem Bundesvertrage, wie z. B. der alte Bund, da war gar kein Etat denkbar, da mußten die Volksvertretungen der Einzelstaaten genehmigen. Die gestellten Amendements sind nur eine Reproduction der preußischen Verfassung, und deshalb kann man die Partei, welche sie gestellt hat, nicht als eine kleine bezeichnen, obgleich ich auch deshalb nicht meine Meinung ändern würde, denn ich werde stets am Recht festhalten. Die von dem Vorredner als ministeriell bezeichnete national-liberale Partei hat in ihren Amendements genau denselben Prinzipien Ausdruck gegeben; ihr Unterschied von der Linken zeigt sich nicht in den Grundsätzen, sondern in den Neigungen, wie ich es bezeichnen will. Der Redner entwickelt hierauf nochmals die Bedeutung des Budgetrechtes, er weist nach, wie das Abgeordnetenhaus niemals die Einnahmen verweigert, sondern nur Ausgaben verweigert habe, die es nicht billigen konnte. — Ich werde niemals einer dreijährigen Finanz-Periode und somit der vollständigen Exportation der Verfassung zustimmen. (Bravo!) — Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt zunächst, daß er die Vermittelung zwischen den Parteien versuchen werde, so lange nur noch ein irgend erfolgreicher Boden dafür vorhanden sei. Demnächst rechtfertigt er sein, von diesem Standpunkte aus gestelltes Amendement, wonach die im Art. 58 festgestellten Beträge auch nach dem Zeitpunkt, bis zu welchem sie bewilligt sind, so lange forterhoben werden sollen, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert sind. Es muß etwas zu Stande kommen. Lassen Sie von uns nicht gesagt werden, daß wir die Schuld davon tragen, wenn es nicht geschieht. (Die Bundes-Commissare v. Roon und v. Savigny sind erschienen.) — Abg. Lasker: In allen Fällen, wo die Einnahme eine bewegliche, nicht feststehende ist, ist die Einnahmebewilligung eine nothwendige Consequenz der Ausgabebewilligung. Die letztere muß vorangehen, ehe die Einnahme festgesetzt werden kann. In der Bewilligung der Ausgabe liegt zugleich die Bewilligung der Einnahme, und mehr will das Amendement Miquel nicht. Wir sind weit davon entfernt, in diesem Reichstage eine Ausdehnung der verfassungsmäßigen Befugnisse zu verlangen, wir können aber auch nicht zugeben, daß die Befugnisse der Regierung in solchem Maße erweitert werden, daß dadurch die ganze Verfassung in Frage gestellt werden kann. — Bundes-Commissar v. d. Heydt: Der Vorredner hat gesagt, daß in der Bewilligung der Ausgabe zugleich die Bewilligung der Einnahme liege. Seine Bemerkungen wären begründet gewesen, wenn dies in dem Amendement Miquel drin stände. Da dies aber nicht der Fall ist, so erreichen seine Bemerkungen auch nicht den beabsichtigten Zweck. — Abg. Dr. Friedenthal rechtfertigt ein von ihm und den Altliberalen gestelltes Amendement. — Der Reichstags-Kommissarius Minister v. Friesen nahm nach dem Abg. Friedenthal das Wort zur Vertheidigung der Regierungs-Vorlage. Nicht um eine Fortsetzung der im preußischen Abgeordnetenhause angeregten Fragen handle es sich: es solle etwas ganz Neues geschaffen werden. Man müsse sich stets erinnern, daß es sich um einen Bundesstaat und nicht um einen Einheitsstaat handle. Wenn bezüglich der Matrikular-Beiträge ein Bundesgesetz nicht zu Stande komme, so würde die Grundlage des Bundes sofort tief erschüttert. — Das Haus ging nunmehr zur Diskussion des Art. 66 über;

die Abstimmung über die Artikel 65, 66 und 67 soll erst dann stattfinden, wenn die Diskussion über diese drei Artikel geschlossen. — Art. 66 lautet: Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen, den gemeinsamen Steuern und dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche von dem Präsidium nach dem Bedarf ausgeschrieben werden. — Zu diesem Artikel liegen Abänderungsvorschläge vor von: Waldeck-Duncker (Berlin), Erxleben - Windhorst, Friedenthal - v. Gerber, Gneist, Miquél, v. Kehler und v. Münchhausen. — Die Diskussion über Art. 66 wurde von dem Abg. Wagener (Neustettin) eröffnet. Derselbe befürwortete die Annahme der Regierungsvorlage. Der Abg. Wiggers (Berlin) sprach für die Vorschläge der Abgg. Waldeck und Duncker (Berlin). — Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden und nach einigen persönlichen Bemerkungen Seitens der Abgg. Graf Bethusy-Huc und Wagener (Neustettin) — wurde die Diskussion über Art. 67 eröffnet. — Art. 67 lautet: Ueber die Verwendung der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Beiträge der Einzelstaaten ist von dem Präsidium dem Bundesrathe und dem Reichstage Rechnung zu legen. — Zu diesem Artikel liegen Abänderungsvorschläge vor von: Waldeck-Duncker (Berlin), Erxleben-Windthorst, Friedenthal, Miquél. — Der Abg. Schulze sprach für die Annahme der Anträge der Abgg. Waldeck - Duncker; der Abg. v. Gerber empfahl die Anträge, die er in Gemeinschaft mit Dr. Friedenthal eingereicht. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen worden, schritt das Haus zur Abstimmung über die Art. 65, 66 und 67 und die zu diesen Artikeln eingebrachten Amendements. — Die sämmtlichen Anträge der Abg. Waldeck-Duncker (Berlin) wurden abgelehnt. Auch die Vorschläge der Abgg. Erxleben und Windthorst lehnte das Haus ab. Nunmehr ging das Haus über zur Abstimmung über die Vorschläge des Abg. Miquél. Von letztern wurde abgelehnt der als Art. 66 bezeichnete. Die als Art. 65 und 67 bezeichneten Abänderungs - Vorschläge wurden angenommen. Dieselben lauten: Art. 65: Alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Bundes-Haushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt. — Art. 67: Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt und demnach durch das Präsidium ausgeschrieben werden. — Außerdem wurden die folgenden zwei Artikel, die der Abg. Miquél als Art. 68 und 69 in Vorschlag gebracht, angenommen: Art. 68: Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Bundes ist vom Präsidium dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen. — Artikel 69. In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Bundesgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Bundes erfolgen. — Hiermit erledigten sich sowohl die Vorschläge der verbündeten Regierungen, wie auch diejenigen der Abgg. Friedenthal und v. Gerber, die Abgg. v. Kehler und v. Münchhausen zogen ihre Anträge vor der Abstimmung zurück. Das Haus ging über zur Generaldiskussion über den Abschnitt XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen. — Die Abgg. Reichensperger, Schwarze (Sachsen) und v. Wächter erläuterten und begründeten die von denselben eingereichten Abänderungs-Vorschläge. Ein Antrag auf Vertagung bis zum Abend wurde angenommen. — Schluß der Sitzung 2 Uhr 55 Min. — Nächste Sitzung: Dienstag, den 9. April, Abends 7 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über Abschnitt XIII.

---

## Politische Rundschau.

Die gestern im gesetzgebenden Körper von Frankreich durch Herrn de Moustier auf kaiserlichen Befehl abgegebene Erklärung (vgl. Tel. Dep.) über die luxemburgische Frage bestätigt, daß diese Angelegenheit auf den diplomatischen Weg verwiesen ist und durch Conferenzen ihre Erledigung finden wird; so viel wenigstens scheint aus des Ministers Worten hervorzugehen, daß Frankreich geneigt sei, im Verein mit den andern europäischen Mächten die Verträge von 1839 zu prüfen. Da Frankreich in diese Prüfung mit dem vollsten Geiste der Versöhnlichkeit treten will, und da die kaiserliche Regierung fest glaubt, daß der Friede Europa's durch diesen Incidenzfall nicht gestört zu werden vermöchte, und auch die preußische Regierung durchaus nicht herausfordernd gegen Frankreich auftritt, sondern nur seinen Besitz und sein Recht festzuhalten beabsichtigt, so dürfte man sich der Kriegsbefürchtungen für diesmal zu entschlagen haben. Die Darstellung, welche der französische Minister des Auswärtigen von der bisherigen Geschichte der Verhandlungen über Luxemburg giebt, stimmt im Wesentlichen mit dem, was von andern Seiten her bekannt ist, überein, und zu bemerken ist, daß ausdrücklich hervorgehoben wird, Frankreich habe nicht aus eigenem Antriebe die luxemburgische Frage aufgeworfen, sondern Holland habe das Anerbieten gemacht. Officielle Depeschen existiren, wie auch in der holländischen Kammer und im Norddeutschen Reichstage erklärt wurde, noch nicht über die Sache. Die weiteren Erklärungen, die der Staatsminister Rouher auf Interpellationen zu geben verheißen hat, werden hoffentlich auch Herrn Ollivier beruhigen, der in den Zeitungen gelesen hat, daß die Stellung Preußens Frankreich gegenüber eine beleidigende ist. Wie der Stifter der Tiers - Parti dies herausgefunden hat, ist unerfindlich.

In den Regierungskreisen Berlins und solchen, welche diesen nahe stehen, verhehlt man sich im Uebrigen den Ernst der Situation durchaus nicht — ja man hält hier den Krieg mit Frankreich fast für unvermeidlich. Luxemburg, sagt man, bilde nur den Vorwand, und Napoleon würde gewissermaßen durch die große Unzufriedenheit des französischen Volkes und Heeres zu kriegerischem Auftreten gezwungen. Von Seiten Preußens geschehe Alles, um eine Collision zu vermeiden.

Wenn man ferner den Auslassungen der französischen Presse Glauben schenken wollte, so wäre der Krieg mit Frankreich wegen Luxemburg ebenfalls unausbleiblich. Die Pariser Blätter schüren das Feuer mit einer Leidenschaft, die nur der Eifersucht gleichkommt, mit der die Chauvinisten unter den Franzosen die preußischen Erfolge betrachten. Man glaubt indeß von gewisser Seite, daß das Geschrei so ernstlich nicht gemeint sei und nur bezwecken solle, durch die drohende Haltung die preußische Regierung zum Nachgeben zu bestimmen.

In Wien will man über die luxemburgische Frage aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, daß König Wilhelm von Preußen sich weigere, den Engagements des Grafen Bismarck in der genannten Frage, die schon von Biarritz herstammen sollen, beizustimmen, und Prinz Friedrich Carl wird als die Hauptursache des Widerstandes bezeichnet. Dieser Umstand habe auch die Annäherung an Oesterreich herbeigeführt. Graf Bismarck soll sich, wie es weiter heißt, geäußert haben, die in Biarritz gegebenen Zusicherungen seien nur in dem Falle bindend gewesen, wenn Napoleon an der kriegerischen Action theilgenommen hätte. Die Pression, die er auf den Nikolsburger Friedensschluß ausgeübt, habe vollends Preußen jeder Verbindlichkeit enthoben.

Der König der Belgier trifft Mittwoch in Paris ein, wo er 6—8 Tage in strengstem Incognito verweilen will. Herr Beyens, der belgische Gesandte, erzählt, daß sein Souverän es für angemessen erachtet habe, dem Kaiser der Franzosen, ehe er nach Berlin gehe, einen besonderen Besuch abzustatten, daß er aber im Sommer seinen Besuch en gala für die Ausstellung wiederholen wolle.

In Prag wurde am Sonnabend der Böhmische Landtag mit einem solennen Scandal eröffnet. Der stellvertretende Landmarschall hatte nämlich kaum das Präsidium in Deutscher Sprache vorgestellt, als von den Böhmischen Landtagsmitgliedern verlangt wurde, er solle die ganze Procedur noch einmal in Böhmischer Sprache vornehmen, welchem Verlangen zur Beschwichtigung des Lärms nachgekommen werden mußte. Dieselbe Scene wiederholte sich bei jedem einzelnen Redner, und beim Schluß der Sitzung wurden noch weitere Demonstrationen in Aussicht gestellt.

Aufmerksamkeit verdient es, daß die russische Presse unaufhörlich von einer „galizischen Frage" spricht, so als ob deren Vorhandensein etwas ganz Ausgemachtes wäre. Auch werden in Rußland öffentliche Sammlungen zu Gunsten der unterdrückten „Russen" in Galizien veranstaltet, und Oesterreich nennt die russische Presse „die zweite Krankheit Europa's" nächst der Türkei.

Die Aufhebung des Tabaksmonopols für Ungarn ist so gut wie beschlossen. Sofort nach der Krönung soll der bezügliche Gesetzentwurf dem Landtage vorgelegt werden.

Auf die Weigerung des Sultans, die Insel Kandia im Wege der allgemeinen Abstimmung an Griechenland abzutreten, hat, wie aus Wien gemeldet wird, Frankreich bei den Garantiemächten des Pariser Vertrages den erneuerten Zusammentritt der Kongreßmächte von 1856 beantragt. Eine Rückantwort ist noch nicht erfolgt.

Der Königin Isabella von Spanien soll bereits eine Ahnung aufgehen, daß es mit ihrer famosen Regiererei doch endlich mal kippen könnte. Sie trifft deshalb heimliche Anstalten zur Uebersiedelung nach Rom.

Die Pariser Ausstellung ist bis jetzt wenigstens als ein fast verunglücktes Unternehmen zu betrachten. Eine große Anzahl fremder Aussteller zögern mit der Auspackung ihrer Waaren mit Rücksicht auf die kriegerischen Aspekten. Der Besuch ist ein sehr geringer: die Arbeiter lassen sich fast gar nicht im Industrie-Palaste sehen, der für sie viel weniger direktes Interesse hat, als die auf der Tagesordnung stehende Lohnfrage, die bei den gegenwärtigen massenhaften Arbeitseinstellungen eine nicht minder brennende geworden ist, als die Luxemburger, nur mit dem Unterschiede, daß die erstere, die Lohnfrage, auf offner Straße, und nicht wie jene in chiffrirten Depeschen verhandelt wird.

Eine recht ansehnliche Zahl von Dieben und anderen Gaunern hat sich selbstverständlich bereits im Pariser Industrie-Palaste installirt. Hier nur ein Beispiel, das den ehrlichen Besuchern der Ausstellung zur Warnung dienen mag. Einer unserer Freunde, so erzählt das Journal „Le Pays", bemerkt in seiner Nähe einen fein gekleideten Herrn, der seine Hände vor das Gesicht hält und sich anscheinend vor Schmerz windet und krümmt. Unser Freund nähert sich dem Herrn und fragt ihn mitleidig, was ihm fehle. „Ach, mein Herr", erwidert dieser, „ich leide fürchterlich; der Wind hat mir ein Stückchen glühender Kohle in's Auge geweht; ich bitte Sie, blasen Sie mir in das Auge, um das Kohlenstückchen hinaus zu treiben." Unser Freund öffnet behutsam die Augenlider des Herrn, und indem er den Kopf desselben sanft in seine Hände nimmt, bläst er mit aller Anstrengung in das kranke Auge. Nach einer kleinen Weile ist der Herr befreit von dem Kohlenstückchen, er dankt unserm Freunde und entfernt sich. Als dieser bald darauf seine Uhr und sein Portemonnaie sucht, sind beide verschwunden. Daß der angebliche Augenkranke sie entwendet, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Die große Noth der beschäftigungslosen Arbeiter im östlichen Theile Londons und die Stille des Geschäftes, besonders des Schiffbaues, hatte in diesen Tagen mehrfache Versammlungen dieser Armen zur Folge. Wie natürlich gab sich bei diesen Gelegenheiten nur ein einziger Ton der Klage kund, den diese durch das Elend zusammengetriebenen, hageren Gestalten erschallen ließen, und selbst betroffen über eine solche Masse von Jammer, Entbehrung und Hunger, einigten sie sich zu einer Demonstration, um auf die Mildthätigkeit des Publikums wie auf die Regierung einen nachhaltigen Eindruck zu machen. So hatte denn die englische Hauptstadt, der Sitz des größten Reichthums, das Schauspiel eines Zuges von etwa 1500 hohläugigen, abgemagerten Männern, die, mit einer freiwilligen Musikbande an der Spitze, unter den Tönen des Klageliedes feiernder Arbeiter: Wir können keine Arbeit finden, sich langsam dahin bewegten. So ging es durch den commerziellen Theil der Stadt an der Wohnung des Lord Mayors vorüber, dem Westende zu; die Region der großen Clubs wurde durchzogen und auch dem stillen Viertel der großen Aristokratie ein Besuch gemacht. Die traurige Schaar hatte sich auf ihrem Sammelplatze meist mit nüchternem Magen, begleitet von ihren ebenfalls hungernden Familien eingefunden, und der lange Weg mag manchem der Arbeiter, die sich nach Aller Urtheil mit tadelloser Ordnung und Ruhe benahmen, sauer genug geworden sein. Wie es heißt, haben die Beklagenswerthen eine Deputation an das Ministerium abgesandt, um die Regierung zu bitten, ihnen durch öffentliche Arbeiten Gelegenheit zu geben, die Mittel zur Fristung ihrer Existenz zu erwerben.

---

— Der Gang der Berathung des Reichstages in den letzten Tagen hat hier und da Zweifel an der Möglichkeit, die Arbeiten bis zum 17 d. Mts. zu beenden, wachgerufen, allein die Regierung behält dies Ziel nach wie vor im Auge, und soll die Schlußberathung durch Hinzunahme von Abendsitzungen gefördert werden.

— In der Fraktion der Liberalen drohte ein ernstlicher Zwiespalt, und vielleicht in dem von dem Abg. v. Blanckenburg angedeuteten Umfang einer Trennung von Nationalen und Liberalen zu entstehen; letztere wollten sich unter die Führung des Abg. Braun (Wiesbaden) begeben, es ist jedoch gelungen, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

— Die „Vossische Ztg." schreibt: Für einen neuen Kriegsfall würde die unveränderte Ausrüstung des vorjährigen Feldzugs eintreten. Die norddeutsche Armee ist durchgängig mit Zündnadelgewehren versehen, auch die neu organisirten sächsischen Truppen. Die Befestigungen der Kieler Bucht, von Alsen und den Sundwitts sollen in diesem Frühjahr bedeutend erweitert und rasch zu einem provisorischen Abschlusse geführt werden.

— Wie versichert wird, bestätigt sich das Gerücht von der Ernennung des Generals v. Göben zum Kommandanten oder Gouverneur der Festung Luxemburg nicht. Man designirt den bewährten tapfern General zum Kommandeur desjenigen Armeekorps, welches aus den Badensern und Hessen-Darmstädtern gebildet wird.

— Die Regulirung der Verhältnisse der Provinzen Schleswig-Holstein bildet noch den Gegenstand von Berathungen, deren Abschluß noch nicht sobald erfolgen dürfte. Es bestätigt sich übrigens, daß der Regierung aus Schleswig vielfache Gesuche zugegangen sind, eine einheitliche Verwaltung beider Herzogthümer nicht eintreten zu lassen.

— Ein Theil der höheren Aristokratie des vormaligen Königreichs Hannover wird nach der Schweiz und nach Italien übersiedeln. Einige adelige Familien haben sich im nahegelegenen Bückeburg niedergelassen. Der Chef des Bankhauses Ezechiel Simon wird gegen Herbst in Wien seinen Aufenthalt nehmen.

— Einige Kurhessische Geistliche sollen den Diensteid unter dem Vorbehalt abgeleistet haben, „daß sie sich an ihren Eid nur so lange gebunden hielten, als der Kurfürst sein Land nicht inne habe.“ (Den Spaß kann man den Leuten wohl gönnen.)

— Aus Pesth wird gemeldet, der Kaiser Franz Josef verstehe sich auf das Beste mit seinem ungarischen Ministerium. Deak wird mit Auszeichnungen und Liebkosungen überhäuft. Der Kaiser nennt ihn „seinen lieben Mitregenten.“

— Wie man in Paris wissen will, werden die Könige von Preußen und Bayern noch in diesem Monat eine Zusammenkunft in München haben.

— Die halbamtlichen französischen Blätter haben den Auftrag bekommen, den Gesundheitszustand des kaiserlichen Prinzen als „befriedigend“ darzustellen. Man glaubt jedoch dieser Darstellung nicht, da bekannt ist, der Prinz habe ein viertes Geschwür bekommen.

— In der „Liberté“ ruft Girardin aus: „Beschäftigen wir uns entweder mit nichts mehr als mit der Herrlichkeit des Friedens, oder rücken wir nach Berlin, um dort die freche Landkarte zu zerreißen, die stolz an allen Schaufenstern prangt, und auf der das deutsche Vaterland die Vogesen zur Grenze hat.“ (Es ist damit die vor Kurzem erschienene Kiepert'sche „Völker- und Sprachenkarte von Deutschland“ gemeint, in welcher allerdings der Elsaß als zum deutschen Sprachgebiete gehörig erscheint!!)

— Das Stimmrecht der Frauen als letzte Consequenz des allgemeinen Stimmrechts ist in letzter Zeit so vielfach in Scherz und Ernst erörtert worden, daß eine in London in Umlauf gesetzte Petition zu Gunsten des Wahlrechts lediger steuerzahlender Personen weiblichen Geschlechtes kaum besonderes Aufsehen erregt.

— Bei Warschau wird ein großes Lager errichtet, indem im nächsten Monat fast das ganze Militär des Warschauer Kriegs-Bezirks (Königreich Polen) zusammengezogen sein wird. Die Hinkunft des Kaisers im Mai soll also, damit polnischerseits keine Erwartungen auf eine Einlenkung verbunden werden, einen rein militärischen Charakter bekommen.

## Locales und Provinzielles.

### Danzig, 10. April.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 9. April.]

Den Vorsitz führt Herr R. Damme, als Magistrats-Commissarien fungiren die Herren Stadträthe Ladewig und Hirsch. — Vom Dankschreiben des Fräul. Wagner wird Kenntniß genommen und aus dem Betriebsbericht der Gasanstalt pro März c. hervorgehoben, daß die Zahl der Privatflammen sich um 14 vermehrt hat und 10 909 Privatflammen überhaupt gespeist werden. — Für die Alimentation der Polizeigefangenen ist ein Zuschuß von 800 Thlrn. erforderlich, da die Verpflegung derselben 2408 Thlr. pro Anno gekostet hat. — Bei dem Etat der Schulverwaltung sind 611 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. mehr verausgabt, und wird diese Summe, sowie 100 Thlr. zur Neubeschaffung von Utensilien für die altstädtische katholische Schule bewilligt. — Den Hausbesitzern M. Kloth und Krause, Kassubischen-Markt, wird als Entschädigung für den Abbruch von Vorbauten kostenfreies Trottoir zugesichert. Herr J. C. Krüger ist gegen eine Subvention, da auf dem qu. Markt die Vorbauten nicht hinderlich sind. Herr Stadtrath Hirsch empfiehlt die Vergütung, da die Stadt dadurch ein besseres Ansehen gewinnt, die Beträge sich nur auf 16 resp. 17 Thlr. belaufen und kein einziger Hausbesitzer der Stadt zu Liebe einen Vorbau aufgiebt. Bei der Abstimmung entscheidet sich die Majorität für die Entschädigung. — Aus dem Berichte der Rechnungs-Revisions-Commission erhellt, daß die Vorsteher des Spend- und Waisenhauses den auf 4587 Thlr. festgesetzten Etat pro 1866 erheblich überschritten haben. Herr J. R. Breitenbach wünscht Aufklärung darüber. Herr J.-R. Liebert ertheilt dieselbe, indem er nachweist, daß die Speisevorräthe, sowie mehrere Bekleidungsstoffe im Preise gestiegen sind, mithin der Ausgabe-Etat um 7½ pCt. hat überschritten werden müssen. — Herr J.-R. Breitenbach erstattet Namens des Ausschusses über die projectirte Verlegung des Halteplatzes für öffentliches Fuhrwerk in Jäschkenthal Bericht, vor dessen Veröffentlichung der Vorsitzende nach Maßgabe der Städte-Ordnung Herrn Rohloff als Interessenten aus der Versammlung auszuscheiden ersucht. Herr Breitenbach bezeichnet zuvörderst die vom Magistrat dargelegten Vortheile als: Terrainvortheil durch größeren Flächeninhalt, Verbreiterung der Fahrstraße, Verschönerung des Vergnügungsortes, Beseitigung des üblen Geruches von Pferdedünger, Vermeidung von Verunreinigungen des Quellbaches und Vermeidung eines Rechtsstreites, der möglicherweise zum Nachtheil der Kommune entschieden werden könnte — und geht dann auf das Gutachten der Kommission über, welche mit 5 gegen 4 Stimmen sich gegen das Tauschgeschäft ausgesprochen hat, indem es 1) vorzugsweise im Interesse des Publikums liege, die alte Einrichtung aus Bequemlichkeit beizubehalten, 2) durch das Passiren ganzer Wagenkolonnen auf dem Wege zum neuen Halteplatz Unglücksfälle unvermeidlich sein würden, und 3) das Anrecht des Herrn Rohloff auf den alten Platz nur illusorisch sei, indem die Kommune den Platz seit einer langen Reihe von Jahren, die bereits die Verjährungsfrist hinter sich haben, zu öffentlichen Zwecken benutzt und auch den Nutzen von demselben bezüglich der Bäume und des Düngers gezogen hat. Herr O. Steffens bedauert, daß er nicht als Mitglied in die Kommission gewählt worden ist, da er sein persönliches Interesse bei der Sache selbst durch Verkauf eines Platzes, den er nicht zum Halteplatz wünschte, gesichert habe. Er werde der Kommission jedoch bezüglich des Besitzrechtes Aufschluß geben. Jäschkenthal habe nämlich zum Gutsverbande seines Vaters gehört und sei parzellirt worden, mithin sei der Droschkenplatz als integrirender Bestandtheil derjenigen Parzelle anzusehen, welche gegenwärtig dem Hrn. Rohloff gehöre. Hr. Breitenbach eröffnet hierauf Hrn. Steffens, daß nach dieser Erklärung Hr. Steffens gehalten sei, Hrn. Rohloff zu entschädigen. Hr. Steffens deklarirt seine Besitzauseinandersetzung dahin, daß er Hrn. Rohloff den Droschkenplatz nicht als Eigenthum zugemessen, sondern nur beiläufig darauf hingewiesen habe, daß derselbe ein Anrecht darauf später geltend machen könne. Redner macht den Vorschlag, das hinter dem Rohloff'schen Grundstück belegene Ackerland zum Droschkenplatz einzurichten. Herr Dr. Liévin befürwortet letzteren Vorschlag. Herr Stadtrath Hirsch hält den Magistratsantrag aufrecht. Hr. Wagner spricht für Beibehaltung des alten Platzes. Hr. J. C. Krüger hebt nochmals alle Vortheile hervor, die der Kommune aus dem Tauschgeschäft erwachsen, und stellt der Frequenz in Jäschkenthal die am Olivaerthor gegenüber, welche jedenfalls gefährdeter sei. Hr. Pretzell beschränkt sich darauf, die Richtigkeit der Vermessung der Wegebreite Seitens des Magistrats anzuzweifeln. Herr Stadtrath Hirsch verliest eine Petition von 43 Bewohnern Langefuhrs, welche sich über die Verunreinigung des Quellwassers durch die Fuhrleute beschweren. Dem entgegen bezeichnet Hr. Dr. Liévin den Quellbach als das einzige Sielsystem von Jäschkenthal und bestreitet eine Verunreinigung durch die Kutscher oder Pferde. Von seinem Berufe als Arzt ausgehend, halte er es für die dringendste Pflicht, das Leben und die Gesundheit des Publikums zu schützen, und wenn der Magistrats-Commissarius erwähnt habe, daß das Publikum den Inkonvenienzen dadurch sich entziehe, wenn es den Weg über Hermannshof oder Heiligenbrunn einschlage, so müsse er sich entschieden dagegen verwahren, daß dem Publikum überhaupt Inkonvenienzen zugemuthet werden. Herr Th. Schirmacher macht einen ganz unpassenden Vergleich bezüglich dieser Frage mit der Luxemburger Angelegenheit und zieht sich das Murren der Versammlung zu. Es wird nunmehr 1) über den Magistratsantrag abgestimmt und derselbe abgelehnt und 2) der Dr. Liévin-Krüger'sche Antrag auf Ernennung einer gemischten Commission bezüglich der Ermittelung eines andern Halteplatzes ebenfalls verworfen. — Hr. Stadtrath Hirsch legt einen Bebauungsplan für das zwischen der Jäschkenthaler Straße und dem von Langfuhr nach Heiligenbrunn führenden Wege belegene Terrain zur Genehmigung und gleichzeitig ein Schreiben des Besitzers Katsch zur Prüfung darüber vor, ob die in demselben gemachte Denunciation, daß Frau Engel zu Langfuhr ein Stück städtischen Ackers annectirt habe, begründet sei. Herr Breitenbach stellt die Frage, ob der Bebauungsplan zu Gunsten des Rohloff'schen, nunmehr disponiblen Halteplatzes entworfen sei? worauf Herr Stadtrath Hirsch bemerkt, daß beide Vorlagen unabhängig von einander seien und der Bebauungsplan nur den Zweck habe, im Einvernehmen mit der Polizei-Behörde zu verhindern, daß die unregelmäßige Errichtung von Gebäuden der Gegend nicht zur Unzierde gereiche und später Veranlassung zu Grenzstreitigkeiten gebe. Es wird zum Schluß der Sitzung eine Kommission, bestehend aus den Herren Seeger, Steffens, Pretzell, Biber, Stattmiller und Rohloff zur Prüfung des Planes gewählt.

— Für die Offiziere und Mannschaften der Marine stellen sich jetzt die Gehaltscompetenzen bedeutend höher heraus, als dies unter gleichen Rangverhältnissen bei dem Landheere der Fall ist. Es wird dies jedoch dadurch wieder ausgeglichen, daß man es für zweckmäßig erachtet hat, die Servis-Emolumente des Marinepersonals mit dem Gehalte zu verschmelzen.

— Am Sonnabend reist unser Opernpersonal nach Elbing ab, um am nächsten Montage die dortige Bühne mit der Oper „Figaro's Hochzeit“ zu eröffnen. Wenn das Unternehmen einen günstigen Erfolg hat, dürfte die Saison daselbst bis zum 6. Mai ausgedehnt werden.

— Obgleich das Gastspiel des Hrn. Köckert auf hiesiger Bühne eigentlich keines weiteren Hebels bedarf, hat die Theater-Direction in ihrem Streben, den Schluß der Saison besonders interessant zu machen, dennoch die Madame Stella, erste Grotesque- und Charaktertänzerin von der großen Oper zu Moskau, welche im Theater „St. Martin“ in Paris während der Ausstellungszeit gastirt, zu einem einmaligen Auftreten gewonnen. Mad. Stella ist eine Berühmtheit in ihrem Genre, und da sie morgen in der ersten Abtheilung die Manola tanzt, wo sie hauptsächlich die natürliche Vivacität und Grazie des spanischen Charakters zur Geltung bringen wird, so soll sie in dem zweiten Theile, in dem „Pas hongrois“, den sie als Herr tanzt, durch die außerordentliche Gewandtheit und die für eine Dame doppelt schwierige Auffassung des Czikosch glänzen. Daß ungeachtet des Doppel-Gastspiels zweier Gäste die Preise nicht erhöht sind, wird unser Publikum gewiß durch zahlreichsten Besuch zu erkennen wissen.

— Im Gewerbeverein wird in der morgenden Sitzung Herr Dr. Lampe den zweiten Theil seines Vortrages über „musikalische Klangfarbe“ halten.

— Am ersten Dienstage nach den Festtagen werden von der Friedrich-Wilhelm-Schützengilde die Schieß-Uebungen wieder aufgenommen werden.

— In unserm Hafen sind jetzt recht viele mit Kohlen befrachtete Schiffe eingelaufen, welche von hier wieder Rückfracht einzunehmen gedachten. Doch ist leider gar keine Aussicht hierzu vorhanden, und werden die fremden Schiffe wohl Ballast einnehmen und anderwärts Ladung suchen müssen, da für den Holzhandel noch gar keine namhaften Bestellungen vorliegen. England wird jetzt von Amerika mit Holz versorgt, und ist dieser Konkurrenz von hier aus nicht zu begegnen.

— Derjenige, welcher einen Wechsel, auf dem sich sein Name als Aussteller oder Girant befindet, weiter geben will, ohne für die darauf verschriebene Summe die Zahlungsverbindlichkeit zu übernehmen, muß nach dem Wechselrecht über seinen Namen die Worte „ohne Gewähr“ schreiben. In der Geschäftswelt war es bisher Usance, daß der Aussteller und erste Girant des Wechsels diese Worte nur einmal, und zwar über sein Giro schrieb. Durch ein neuerdings ergangenes Erkenntniß ist jedoch festgestellt worden, daß diese Usance den Aussteller und Giranten nicht aus der Wechselverbindlichkeit bringt, indem angenommen worden ist, daß auch über dem Namen des Ausstellers die Worte „ohne Gewähr“ stehen müssen und es nicht ausreichend ist, wenn er nur über sein Giro diese Worte setzt, um ihn seiner Zahlungspflicht auch als Aussteller zu entbinden. Der betreffende Verklagte hat sein vermeintliches Recht bis in die höchste Instanz verfolgt, es ist aber schließlich auch vom Obertribunal nach diesem Grundsatz entschieden worden.

— Unsere neuliche Anregung, die Cigarrenabschnitte zu sammeln und den Erlös für dieselben zu einem wohlthätigen Zwecke zu verwenden, wird vielfach besprochen, häufig bespöttelt, und doch entspricht sie einem guten volkswirthschaftlichen Principe; auch ist die Idee nicht neu, denn schon seit Jahren wird ihr von den Cigarrenhändlern mit gutem Erfolge nachgelebt. Bedenkt man, daß Danzig wohl mehr als 20,000 Raucher zählt, und nimmt man an, daß ein Jeder jährlich nur ¼ Pfd. Cigarrenabschnitte sammelt, so ergiebt das jährlich mindestens 5000 Pfd. Taback, welcher schon eine hübsche Summe gewähren würde, die sehr nützlich verwendet werden könnte. Wir fordern wiederholt und dringend zum Sammeln auf, die Herren Restaurateure könnten zu besten Erfolgen verhelfen, wenn sie in ihren Lokalen Behälter aufstellen möchten, um die Abschnitte darin aufzunehmen.

— [Feuer.] Gestern Abend gegen 8 Uhr fand in dem Bäcker Eichholz'schen Hause, Lawendelgasse 3, ein unbedeutender Schornsteinbrand statt, dessen Beseitigung der Feuerwehr schnell gelang. — Heute Morgen bald nach 9 Uhr brach abermals, und zwar in dem Laden des Grundstücks Heil. Geistgasse 42 (Eigenthum der Königl. Kapelle) Feuer aus. Es hatte sich in Folge einer feuergefährlichen Schornsteinanlage die Einschubdecke und Verschaalung der Decke des Erdgeschosses entzündet und die Flamme bereits die in der Nähe befindliche Balkenlage ergriffen, als das Feuer bemerkt wurde. Die Feuerwehr löschte dasselbe unter Anwendung einer Spritze und Entfernung der gefährdeten Holztheile in kurzer Zeit, so daß der verursachte Schaden nur unbedeutend geblieben ist.

— Der in voriger Woche von hier aus bemerkte große Feuerschein rührte, wie wir erfahren, von dem Brande des Thiel'schen Grundstücks in Wossitz her, woselbst eine Scheune und zwei Ställe ein Raub der Flammen geworden sind.

— Die Auswanderung aus Hinterpommern nach Amerika dauern in einem Maße fort, welches wohl Beachtung verdienen möchte, schreibt man aus Stettin. In vergangener Woche sah man wiederholt Züge von Hunderten von Menschen, meistens gut und reinlich gekleidet und nicht mit unansehnlichem Gepäck, die zum Bahnhofe gingen, um von dort nach Bremen zu fahren. Wir haben uns mehrmals mit Leuten unterhalten, welche zu diesen Auswanderern gehörten, um zu erfahren, wodurch sie zum Fortzuge veranlaßt würden. Die Auskunft lautete jedesmal, es fehle an lohnender Arbeit und an Gelegenheit, ein kleines Grundeigenthum zu erwerben. Ein Mann aus der Gegend von Pommersch-Stargard beschrieb die große Abhängigkeit der sogenannten kleinen Leute von den großen Gutsbesitzern und schloß dann wörtlich: „„Es ist bei uns wie in Mecklenburg, und darum gehen wir auch fort.““ Man sagt, Viele folgten jetzt ihren Verwandten, die schon seit einigen Jahren in Amerika seien und ihnen die Reisemittel geschickt hätten. Die Uebersendung der Reisemittel ist allerdings ein durchschlagender Beweis, daß es dem Arbeiter in Amerika besser geht als in Hinterpommern.“

Thorn. In dem unserer Stadt vis-à-vis auf dem linken Weichselufer gelegenen Städtchen Podgorz herrscht der Hungertyphus in beunruhigender Weise. Es ist der Beschluß gefaßt worden, ein Comitee zu bilden, welches im Interesse des heimgesuchten Städtchens wirken soll.

## Räthsel.

Die erste Sylbe hält man werth,
Denn Seltenes wird stets begehrt,
Die zweite, dritte müssen sein
Im Wechsel mit dem Sonnenschein;
Doch nicht, wie jetzt in dem April,
Denn selten bringt er, was man will.

Das Ganze ist ein schöner Strauch,
Man zieht ihn hier in Gärten auch;
Doch thät sich einst der Himmel auf,
Und ließ es los in raschem Lauf,
In vollen Körnern groß und klein,
Dann könnt' man bald ein Rothschild sein.

L. B.

## Meteorologische Beobachtungen.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 9 | 4 | 326,70 | 5,2 | SSO. flau, regnig. |
| 10 | 8 | 329,78 | 0,4 | West do. trübe. |
| | 12 | 331,06 | 1,0 | do. do. lebhaft, bewölkt. |

## Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 9. April.

1 Schiff m. Knochen.

Angekommen am 10. April:

Gager, Hoffnung, v. Stettin, m. Cement. Schütt, Julius, v. Torreviya n. Memel, m. Salz. — Ferner 5 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 3 Schiffe m. Getreide.

Ankommend: 1 Schooner. Wind: NW.

## Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 6. bis incl. 9. April:

601 Last Weizen, 33 Last Roggen u. 14 L. Erbsen.
Wasserstand 11 Fuß 8 Zoll.

## Börsen-Verkäufe zu Danzig am 10. April.

Weizen, 500 Last, 131pfd. fl. 657; 124.25—130pfd. fl. 600—645; 120.23pfd. fl. 525—550 pr. 85pfd.
Roggen, 124, 125pfd. fl. 390 pr. 81⅘pfd.
Hafer, fl. 216 pr. 50pfd.

**Englisches Haus:**

Die Kaufleute v. Braunschweig a. Hamburg, Erck a. Königsberg u. Keddig a. Stettin.

**Walter's Hotel:**

Rittergutsbes. Schröder a. Gr.-Klinsch. Telegraphen-Inspektor Schrötter a. Königsberg. Fabrikant Hoffmann a. Berlin. Güter-Agent Behrendt a. Marienburg. Die Kaufl. Berg a. Berlin u. Jacobsohn a. Berent.

**Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:**

Rittergutsbes. Bendix a. Dt.-Eylau. Rentier Lietz a. Marienburg. Die Kaufl. Hoffmann a. Nürnberg u. Böckmann a. Berlin.

**Hotel zum Kronprinzen:**

Rittergutsbes. v. Wittke a. Pröbbernau. Rentier Eggert a. Skodzösen. Oekonom Nadolny a. Kuhlitz. Die Kaufl. Isenheim a. Memel, Stein a. Lauenburg, Rüdenburg a. Dresden u. Reiß a. Graudenz.

**Hotel du Nord:**

Corv.-Capit. u. Commandant Struben u. Capit.-Lieut. Frhr. v. Vincke von Sr. Maj. Corvette „Medusa". Kaufmann Wüstenberg a. Dirschau.

**Hotel d'Oliva:**

Die Rittergutsbes. Edelbüttel a. Enzow, Friese a. Gorschen u. Krüger a. Wornitz. Die Kaufleute Bader, Michaelis u. Jacobi a. Berlin u. Fabian a. Lippine. Zahlmeister-Aspirant Krämer a. Kiel. Cand. Rhode a. Königsberg.

**Hotel de Thorn:**

Die Gutsbes. Klein a. Pillupönen, Donnar aus Stallupönen und Zimdars a. Herrengrebin. Landwirth Beneke a. Danzig. Lieut. Mix a. Kriefkohl. Kaufm. Rudolph a. Mainz.

Der **Verkauf** der zum Besten der Gründung einer christl. Herberge in Danzig eingegangenen Gaben findet morgen — Donnerstag — und übermorgen — Freitag — in den Stunden von 10 bis 5 Uhr auf dem obern Saale der „Concordia", Langenmarkt 15, statt.
Auch während der Tage des Verkaufes werden Gaben aller Art mit Dank angenommen.

## Bürger-Versammlung.

**Freitag, 12. April c., Abends 7 Uhr,**
im kleinen Saale des Gewerbehauses.

Tages-Ordnung:
Die Kanalisirung und Wasserleitung.
Diskussion über eingegangene Fragen.

J. A. d. l. Versammlung.
**Sielaff.**

Um **Strohhüte** z. **Wasch., Mod.** und **Färb.** bittet **August Hoffmann, Strohhutfabrik,** Heil. Geistgasse 26.

## Bekanntmachung.

Die der Stadtgemeinde Danzig zustehende Bernstein-Nutzung am Ostsee-Strande der frischen Nehrung auf der ca. 10 Meilen langen Strecke von Weichselmünde bis Polsk soll entweder im Ganzen oder auch in folgenden vier Loosen (Sectionen):

Sectio I. auf der Strandstrecke von Weichselmünde bis zum Weichseldurchbruch bei Neufähr,
Sectio II. auf der Strandstrecke vom Weichseldurchbruch bei Neufähr bis zum alten Weichseldamm bei Nickelswalde,
Sectio III. auf der Strandstrecke vom alten Weichseldamme bei Nickelswalde bis zur diesseitigen Grenze des Fischerei-Districts der Fischer von Liep und Kahlberg,
Sectio IV. auf der Strandstrecke von der diesseitigen Grenze des Fischerei-Districts der Fischer von Liep und Kahlberg bis zur Grenze des städtischen Strandgebiets bei Polsk

vom 1. September 1867 ab auf drei oder auf sechs Jahre, in öffentlicher Licitation, in Pacht ausgeboten werden.

Hierzu ist ein Termin auf den **4. Mai c.,** Vormittags 10 Uhr, im Kämmerei-Kassenlokale des hiesigen Rathhauses vor dem Stadtrath und Kämmerer Herrn Strauß angesetzt, zu welchem wir kautionsfähige Pachtliebhaber mit dem Bemerken hierdurch einladen, daß die Verpachtungsbedingungen in unserm III. Geschäftsbureau einzusehen sind und Abschrift derselben gegen Erlegung der Copialien ertheilt wird. Mit der Licitation selbst wird um 12 Uhr Mittags begonnen, und werden nach Schluß derselben Nachgebote nicht angenommen.

Danzig, den 8. März 1867.

**Der Magistrat.**

Die Handschuhwäsche, à Paar 1½ Sgr., befindet sich jetzt 3. Damm Nr. 17, 1 Treppe hoch.

**Tertial-Listen** für die Herren Geistlichen sind vorräthig bei **Edwin Groening.**

Nächste Gewinnziehung am 15. April 1867.

## Höchste Gewinn-Aussichten!

**Für 6 Thaler**

erhält man ein halbes, für **12** Thaler ein ganzes Prämien-Loos gültig **ohne jede weitere Zahlung,** für die fünf großen Gewinn-Ziehungen der 1864 errichteten „Staats-Prämien-Lotterie", welche vom 15. April 1867 bis zum 1. März 1868 stattfinden, und womit man fünf Mal Preise von fl. **250,000, 220,000, 200,000, 50,000, 25,000** ꝛc. gewinnen kann.

Bestellungen mit beigefügtem Betrag, Post-Einzahlung oder gegen Nachnahme, beliebe man baldigst und direkt zu senden an das Handlungshaus

**A. Bd. Bing,** Schnurgasse 5
in **Frankfurt am Main.**

Listen und Pläne werden gratis und franco übermittelt.

NB. Zu der nächsten am 15. April d. J. stattfindenden Gewinnziehung, deren Haupttreffer fl. **220,000** ist, erlasse ich gleichfalls halbe Loose à **1** Thlr., ganze Loose à **2** Thlr., 6 ganze oder 12 halbe à **10** Thaler gegen baar, Posteinzahlung oder Nachnahme.

## Stadt-Theater zu Danzig.

**Donnerstag,** 11. April. (Abonn. suspendu.) **Einmaliges Gastspiel** der Mad. **Stella,** erster Character-Tänzerin von der großen Oper zu Moskau, und **vorletztes Gastspiel** des Russischen Hofschauspielers Herrn **Alexander Köckert** aus St. Petersburg. **Die Frau im Hause.** Lustspiel in 3 Akten von A. P. Hierauf: **Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet.** Lustspiel in einem Akt von F. Wehl.

## Loose zur 3. und letzten Serie der König Wilhelm-Lotterie,

Ziehung am 26. und 27. Juni d. J., sind zu haben in den Lotterie-Einnahmen von
**B. Kabus & H. Rotzoll.**

## Radicalmittel gegen Gicht und Anhang.

**Podagra** Fußgicht, **Chiragra** Handgicht, **Cephalia** Kopfgicht, **Lumbago** Lendengicht, **Rheumatismus,** à Töpfchen nebst Gebrauchsanweisung 1 Rthl.
Briefe und Gelder franco.

**Carl Püttmann, Cöln,**
Filzengraben 20.

Tausende Atteste liegen vor.

Haupt-Niederlage bei Herrn Zimmermstr. **J. Klotz,** Putzig.

**Einlage: 2 Thlr. Pr. Crt.**

## 220,000 Gulden Hauptgewinn.

**Ziehung am 15. April 1867.**

Zur Erläuterung.

1000 Loose müssen in bevorstehender einzigen Ziehung der

**64er Staats-Prämien-Verloosung**

folgende 1000 Treffer effectiv gewinnen, und zwar:
1 à fl. 220,000, 1 à fl. 15,000, 1 à fl. 10,000, 3 à fl. 5,000, 3 à fl. 2,000, 6 à fl. 1,000, 15 à fl. 500, 30 à fl. 400, 940 à fl. 145.

Kein anderes Lotterie-Unternehmen bietet dem Theilnehmer in Anbetracht so geringer Einlage, so bedeutende Gewinn-Aussichten, indem die Preise der Spiel-Chancen sich folgendermaßen stellen, und zwar:

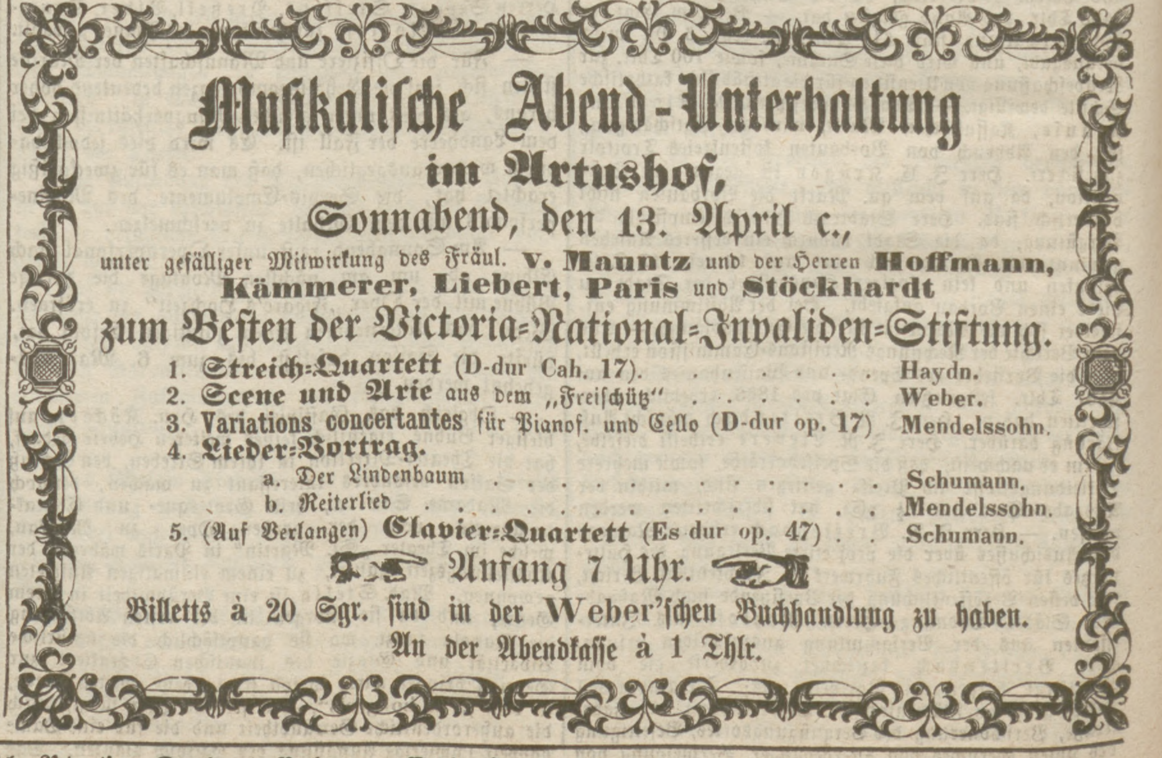
Für 1 halbes Loos für obige Ziehung gültig: Rthlr. 1. Pr. Crt.
„ 1 ganzes „ „ „ „ 2. „ „
„ 6 ganze oder 12 halbe Loose 10. „ „
„ 13 „ „ 26 „ „ 20. „ „

Auch in der letzten stattgehabten Ziehung wurden nachweislich mehrere Haupttreffer durch meine vom Glücke stets begünstigte Collecte gewonnen, resp. baar ausbezahlt.

Gef. Aufträge mit Baarsendung oder Ermächtigung zur Postnachnahme werden pünktlichst effectuirt, und in jeder Hinsicht reelle und gewissenhafte Bedienung zugesichert. Verloosungs-Pläne, sowie jede zu wünschende Auskunft wird auf frankirte Anfragen bereitwilligst ertheilt durch

**Carl Hensler,**
in **Frankfurt a. M.,**
Lotterie- u. Staats-Effecten-Handlung.

**Hauptgewinn: 220,000 Gulden.**




Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.